

Rüstungsexporte, Siedlergewalt und EU-„Guidelines“ – Berichte aus Israel und der Westbank

Am 02. Dezember 2013 schreibt der ehemalige Verteidigungs- und Außenminister Moshe Arens in einem Gastbeitrag für „Haaretz“, dass die EU-„Guidelines“ vom Juni 2013 vom Niedergang Europas zeugen würden. Die „Wissenschaftspolitik“ von „Horizon 2020“ gegenüber Israel erinnere an die Praktiken der Nazis und des Sowjetregimes. Arens zitiert einen früheren Moderator der BBC, der beim Amtsantritt Catherine Ashtons erklärt habe, dass noch nie jemand so unqualifiziert für anscheinend jeden Job gut sei. Nur Angela Merkel verstehe als Naturwissenschaftlerin sicherlich, dass die EU-Politik völlig falsch sei. Doch wahrscheinlich sei sie von Brüssel oder Ashton nie konsultiert worden. Die Zahl der jüdischen Nobelpreisträger sollte die Europäer vom hohen wissenschaftlichen Standard Israels überzeugen¹. Der Vorteil, den Europa unter anderen aus den israelischen „Start up“-Initiativen ziehe, sei für die Europäer mehr wert als die angekündigten Sanktionen. Die Zuwendungen, die Israel aus „Horizon 2020“ ziehe, würden die Einnahmen aus den Rüstungsexporten allemal aufwiegen.

Der israelische Menschenrechtsanwalt Michael Sfard berichtet am 03. Dezember in „Haaretz“ von israelischen Jugendgruppen, die im vergangenen Monat zwei oder drei Mal auch nachts in Häuser des palästinensischen Dorfes Burin (Westbank) mit Steinen und Molotow-Cocktails eingedrungen sind, um die Bewohner zu vertreiben und neuen jüdischen Wohneinheiten Platz zu machen. Schätzungsweise ein Viertel der Palästinenser hätte in den vergangenen zehn Jahren den Wohnort verlassen.

¹ Der Autor vergisst den Hinweis, dass die überwiegende Zahl der Nobelpreisträger nicht in Israel, sondern im Ausland arbeiten oder Staatsbürger dieser Länder sind.

Sfard beklagt, dass die Konzentration der EU-„Guidelines“ nur die politische Dimension von Friedensverhandlungen ansprechen und deshalb dem Handeln der Regierung in Jerusalem freien Lauf einräumen, ohne die Menschenrechtsverletzungen, die Requirierung von Bodenflächen, die Zerstörung von Baumbeständen, die Ressourcenausbeutung und die ökologischen Schäden des forcierten Siedlungsbaus in den Blick zu nehmen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation „Yesh Din (Es gibt ein Recht)“ seien zwischen 2005 und 2013 nicht weniger als 90 Prozent der Beschwerden gegen Siedler niedergeschlagen worden. In 97,4 Prozent der 200 Angriffe auf Baumbestände habe die israelische Polizei die Täter nicht dingfest gemacht.

Deshalb seien die „Guidelines“ nicht ernst zu nehmen. Vielmehr seien sie ein verspäteter Versuch, der historischen und juristischen Straffälligkeit dieser Verbrechen aus dem Wege zu gehen, für die alle verantwortlich seien: die Siedler, ihre Helfer und jene, die sie möglich machen. „Es ist an der Zeit, unsere Ohrstöpsel herauszunehmen und auf die Töne zu hören, die aus dem Shtetl Burin kommen. Wir könnten bekannte Töne aus unserer kollektiven Vergangenheit vernehmen“, schließt der Autor seinen Beitrag.

Amira Hass berichtet am selben Tag, dass zumindest fünf israelische Unternehmen mit wirtschaftlichen Verbindungen in die Westbank zwischen dem 07. und 09. Dezember am „Netherlands-Israel Forum“ in Herzliyah unter Beteiligung von Ministerpräsident Mark Rutte und Außenminister Frans Timmermans teilnehmen wollen, wie der Website der Botschaft der Niederlande in Tel Aviv zu entnehmen sei. Damit würden die Niederlande den Vorgaben der EU-„Guidelines“ widersprechen. Im Parlament habe Timmermans ausgeführt, dass für die

niederländische Regierung Israel an der „Grünen Linie“ von 1967 ende, aber die israelischen Veranstalter nicht darauf verpflichten könne, beteiligungswillige Unternehmen vom „Forum“ auszuschließen. Auf Anfrage habe ein Sprecher des Außenministeriums in Den Haag erklärt, dass seine Botschaft niederländische Unternehmen über die offizielle Politik Den Haags unterrichten werde, sollte sie in den Siedlungen tätig werden.

Jüdische Siedler transportieren nach einem Bericht der palästinensischen Nachrichtenagentur ebenfalls am 03. Dezember Stühle und andere Möbelstücke in ein Haus neben der Ibrahim-Moschee in Hebron. Befürchtet werde, dass dort eine jüdische Gebetsstätte entstehen solle.

Quellen: Moshe Arens: Sündenfall für die Europäische Union, in „Haaretz“ 02.12. 2012 (Hebr.); Michael Sfard: Sanctioning violence, in „Haaretz“ 03.12.2013, S. 5; Amira Hass: Dutch government's new business initiative crosses Green Line, in „Haaretz“ 03.12.2013, S. 1; M.S.: Settlers Takeover Building near Ibrahimi Mosque, Wafa 03.12.2013.
